

Der ABiD e.V. lehnt die Erhöhung der Kassenbeiträge ab

Der Allg. Behindertenverband in Deutschland e.V. lehnt die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge ab und warnt vor zu starken Belastungen der Menschen mit Behinderungen, die durch die erhöhte soziale Belastung wie steigende Energiekosten sowie Lebenshaltungskosten schon besonders gefordert sind. So bekommen auch die meisten Menschen mit Behinderung keinen Inflationsausgleich, da sie nicht in Arbeit stehen bzw. stehen können.

Ein höherer Beitrag würde auch eine höhere Leistung der Krankenkassen als Folge haben, der den Mitgliedern leider nicht zur Verfügung stehen.

Ein höherer Kassenbeitrag trifft in Zeiten einer hohen Inflation die Falschen, nämlich vor allem Menschen mit kleinen Einkommen.

Der ABiD fordert stattdessen die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, damit Menschen mit höheren Einkommen auch ihren finanziellen Möglichkeiten entsprechend mehr einzahlen.

Wir fordern ebenso das Bundesgesundheitsministerium auf, seinem gesetzlichen Auftrag nachzukommen und Vorschläge für dauerhaft ausgabenbegrenzende Reformmaßnahmen vorzulegen.

V.i.S.d.P.

Marcus Graubner
Vorsitzender des Verbandes

Jörg Polster
Pressesprecher

Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland
"Für Selbstbestimmung und Würde" (ABiD e.V.)
Friedrichstraße 95
10117 Berlin

Tel.: 030-27593429

Fax.: 030-27593430

[E-Mail:kontakt@abid-ev.de](mailto:kontakt@abid-ev.de)

<https://www.abid-ev.de>